

Dahinten in der Heide

Fragment eines ostdeutschen Trauerspiels

„Ganz hinten in der Heide, wo sich Fuchs und Has im Mondschein begegnen“ (Hermann Löns 1924), da liegt „ein entvölkertes Land, dessen Bevölkerung irgendwie alles ist: älter, dümmer, arbeitsloser. Hier sind 50 Arbeitsplätze noch ein echtes Argument“ (Studentenmagazin MORITZ 2006). So oder ähnlich werden wohl einige Politiker und Großinvestoren gedacht haben, als sie damit begannen, sich für den Industriestandort ganz hinten in der Lubminer Heide zu interessieren. Jedenfalls ist es schwer vorstellbar, dass sich die hier skizzierte Tragödie auch am Starnberger See abspielen könnte. Niemand käme auf die Idee, dort ein dänisches Steinkohlekraftwerk mit australischer Kohle zu betreiben. Kein Bayer würde dies zulassen. Dutzende Fernsehkameras würden sich auf ein solches Ärgernis richten. Die Empörung fände keine Grenzen.

Der erste Akt des Stückes beginnt im Jahr 1990 mit der Abschaltung des Kernkraftwerks „Bruno Leuschner“ bei Lubmin. Die suspekta DDR-Hinterlassenschaft auf 120 Hektar Heidesand, direkt am Greifswalder Bodden, geht in die Hände des Bundesfinanzministeriums über. Das Ministerium veranlasst die Gründung der „Energiewerke Nord GmbH“ (EWN) und beauftragt einen Industriemanager damit, die Atomreaktoren zu demontieren, ein Atommüll-Zwischenlager einzurichten, kurzum die Industrieruine „rückzubauen“. Dies meint nach DUDEN-Definition eigentlich, das Gelände durch Baumaßnahmen in einen früheren, naturnäheren Zustand zu bringen. Man könnte zum Beispiel Bäume pflanzen wo einst Bäume standen. Aber die hohen Staatsverschuldungen lassen das offenbar nicht zu, der Staat braucht Geld. Also verfällt der findige Industriemanager darauf, das von ihm rückgebaute Industriegelände in ein Industriegelände zu verwandeln. Und weil er sich nicht mit kleinen Brötchen zufrieden gibt, muss sein Team den „Industriepark“, den „Synergiepark“ Lubmin erfinden (Lexikon: Parks/Parke sind der Erholung dienende und durch Pflanzen, Wege, Wasser und Bildwerke künstlerisch gestaltete weiträumige Gärten. Die Bezeichnung Synergie meint das Zusammenwirken verschiedener Kräfte; das Wort ist übrigens verwandt mit Synergismus, einer umstrittenen Heilslehre, der zufolge der Mensch an der Erlangung des Heils mitwirken könne). Manche Politiker sprechen von einem „Traditionsstandort“ – welche Traditionen meinen sie wohl damit? Der Literaturwissenschaftler Victor Klemperer, der anhand von Sprachneuschöpfungen den Ungeist ihrer Urheber entlarvte („LTI“ 1947), hätte ein neues, reiches Forschungsfeld. Namentlich der Ausdruck „Schutzgebietskulisse“ – maßgeschneidert für die dem Industriegelände unmittelbar angrenzenden, außerordentlichen, auf EU-Recht gegründeten, aber

nun existentiell bedrohten Naturschutzgebiete – hat Aussicht, zum Unwort des Jahres gekürt zu werden (Lexikon: Kulissen sind mit bemalter Leinwand oder Pappe bespannte Rahmen für Bühnendekorationen).

Von solchen schöngestigen Abschweifungen unbeeindruckt, kauft der rührige Industriemanager vorsorglich 155 Hektar Küstenwald und vergrößert so sein synergistisches Parkgelände von 120 auf 275 Hektar. Der Standort wird zum Sonderfördergebiet erklärt. Durch internationale Ausschreibung wird fieberhaft nach Investoren gesucht. Im Raumordnungsprogramm des Landes wird der Synergiepark als Industrie- und Energiestandort ausgewiesen, auf dem sich Gaskraftwerke ansiedeln könnten und der sich dann besonders eigne für energieintensive Holz-, Glas- und Aluminiumindustrie. Stoßen sich die Expansionsgelüste an der Schutzgebietskulisse, dann wird Naturschutz verhöhnt: „Um die Beeinträchtigung des Schutzgebietes auszugleichen, müsste zwei Heidelerchenpaaren eine Trockenrasen-Ersatzfläche angeboten werden.“ Und die Lokalpresse wiehert: „Küsten-Pappeln müssen für die Enten weg.“

Schwebend zwischen Halbschlaf und wacher Hörigkeit, nur ihrem Gewissen folgend, schränken drei Standortgemeinden ihre kommunale Selbstbestimmung ein und schließen sich zum „Zweckverband Lubminer Heide“ zusammen. Dieser betätigt sich zunächst erfolgreich als „Projektträger zur Anpassung und Erweiterung der Standortinfrastruktur“. Im Jahr 2001 ist nämlich der Industriemanager dabei, den offenen Kühlwasserkanal des DDR-Kernkraftwerks – den ehemals zum „Auslaufkanal“ ausgebauten Heidgraben – möglichst unauffällig sanieren zu lassen (nach Lexikon bedeutet Sanierung: durch Renovierung den neuen Lebensverhältnissen anpassen und rentabel machen). Die Fördermittel von Land und EU in Höhe von 29 Millionen Euro kann aber nur eine kommunale Einrichtung beanspruchen, nicht etwa ein privatwirtschaftlich organisiertes Unternehmen wie die EWN GmbH. Für alle unerwartet, hat sich jedenfalls 2003 besagter Auslaufkanal im zwei Meter tiefen Flachwasser des Boddens in einen vier Meter tiefen Umschlaghafen verwandelt. Der nun lässt sich leicht, auch ohne öffentliche Ausschreibung, zu einem mit 40 Millionen Euro vorfinanzierten, sieben Meter tiefen „Atom“(?)-Hafen ausbauen. Ein solche Funktionsvermutung, die hartnäckig in der Volksmeinung nistet, lässt sich einzig durch die unübersehbare Nähe zum atomaren Zwischenlager begründen. Könnten Castor-Transporte jetzt nicht auch auf dem Seeweg herangebracht werden? Stand gar der Wunsch nach einem Atomhafen am Anfang aller Überlegungen? Der Synergiepark als Feigenblatt? Der offiziell nur als Industriehafen bezeichnete Schiffsanlegeplatz wird 2006 festlich eingeweiht und nachträglich sogar amtlich genehmigt. Für dieses Husarenstück spendet der Ministerpräsident Lob. Der Zweckverband aber, jetzt mit der Vermarktung des

Hafens betraut, gerät wegen der enorm hohen Belastungen in finanzielle Bedrängnis, weil die zugesagten Landesfördermittel nur schrittweise abgerufen werden können. Der Jahresverwaltungshaushalt in Höhe von 1,5 Millionen Euro deutet an, wie teuer die Unterhaltung des Hafens sein wird. Und der Vermögenshaushalt des Zweckverbandes weist schon 2003 einen Fehlbetrag von 3,5 Millionen Euro auf. Immerhin bringt der Hafen 2006 den stolzen Gewinn von 8000 Euro.

Der Zweckverband Lubminer Heide kann aber noch mehr. Er stellt zum Beispiel einen Bebauungsplan auf, der der Erweiterung des Industriegebietes dienen und Planungssicherheit für potentielle Investoren schaffen soll. Nach mancherlei Querelen mit einer Bürgerinitiative sind endlich „alle Einwände abgeschmettert“ und der Bebauungsplan Nr.1 wird zum kommunalen Gesetz. Im Bebauungsplan sind die Rahmenbedingungen für potentielle Investoren festgeschrieben, zum Beispiel maximale Gebäudehöhen von 20 Metern.

In weiteren Szenen informieren sich mancherlei Interessenten über geeignete Parkflächen, aber kaum einer greift richtig zu. Klug geplant, dumm gelaufen: Der Industriehafen wartet vergebens auf Industrie und so hat der „Atomhafen“ noch immer kein Alibi. (So manche kleine, dumme, ostdeutsche Landgemeinde im Binnenland ist in Konkurs gegangen, weil sie auf eigene Kosten ein „Gewerbegebiet“ erschloss, in dem niemand Schuhe, Teppiche oder Autos verkaufen, geschweige denn irgend etwas produzieren wollte.)

Im nächsten Akt tritt ein gewichtiger Gastdarsteller aus Dänemark auf. Dort drängt die Regierung mit steuerlichen Lenkungsinstrumenten zum Verzicht auf Kohleenergie. Bis 2028 soll die gesamte dänische Stromerzeugung auf regenerative Energien umgestellt werden; das ist vorbildliche und offenbar auch realistische „langtids-planlegge“, Langzeitplanung.

Der von deutschen Landespolitikern herzlich begrüßte Großinvestor – letzte Chance für beide Seiten? – will das größte und modernste Steinkohlekraftwerk Europas im Synergiepark Lubmin bauen. Detaillierte Planungsunterlagen sind zwar seit längerem vorhanden, werden aber – warum nur? – der Öffentlichkeit vorenthalten. Trotzdem kursieren einige verlässliche Kenndaten: Elektrische Leistung von zwei Blöcken 1600 Megawatt. Nutzung der Abwärme nicht vorgesehen. Pro Woche acht Schiffseinheiten Steinkohle aus Übersee. Pro Jahr erwarteter Schadstoffausstoß bei 80prozentiger Auslastung: 5.000.000 Tonnen Kohlendioxid, 3.500 Tonnen Schwefeldioxid, 1.800 Tonnen Stickoxide, 350 Tonnen Staub, 450 Kilogramm Quecksilber. Bauzeit 4, Abschreibung 25, Laufzeit 40 Jahre. Originalton-Kostproben von Präsentationsveranstaltungen: „Die deutschen Feriengäste machen neben unseren Kraftwerken in Dänemark sehr gerne Urlaub.“ „Die Wäsche auf der Leine in Lubmin bleibt sauber.“ „Für das geplante Kraftwerk suchen wir im Designprozess nach optimaler Gestaltung und naturnaher

Farbgebung der Gebäude.“ Ungehörte Zwischenrufe: „Da werden sich die Kraniche aber freuen!“ „Herr, schmeiß Hirn herunter!“ Und so soll das aussehen: In Zeiten internationaler Klimaschutzbemühungen das größte Steinkohlekraftwerk Europas ausgerechnet an die verträumten Gestade des Greifswalder Boddens, in eine beliebte Erholungslandschaft, mitten hineingeklotzt zwischen Seebad und Naturschutzgebiete! Dahinten in der Heide. Wie sagt der dänische Schriftsteller Klaus Rifbjerg? „Aber plötzlich ist dieses Licht da und ein Ton in der Luft, ein Hauch von fernem Frühling, der Geruch des Meeres und eine Amsel, die auf dem Dachfirst singt.“ Könnt ihr verstehen, liebe dänische Freunde, dass auch wir den Geruch des Meeres und den Zug der skandinavischen Kraniche unbeschwert genießen wollen? Und uns deshalb von Herzen gegen ein dänisches Kraftwerk wehren?

Das Trauerspiel mutiert zur Posse. Auskunft aus dem pommerschen Umweltamt: „Von Kranichen können wir nicht leben, wir brauchen Arbeitsplätze.“ Ein Insider von außerhalb: „Lubmin sollte sich auf schmutzige Industrie konzentrieren. Die geht immer dort hin, wo am wenigsten Leute wohnen.“ Ministerpräsident und Wirtschaftsminister in Schwerin werten die Ansiedlung des Steinkohlegiganten als Ausdruck gewachsener deutsch-dänischer Freundschaft und sind begeistert. Nur leider ist das geplante Kraftwerk ein wenig zu hoch: 120 Meter die Kesselhäuser, 150 Meter die Schornsteine. „Das Vorhaben passt nicht zum Bebauungsplan“, sagt der Bürgermeister des Seebades. „Der Bebauungsplan wird geändert“, lässt die Staatskanzlei verkünden, noch ehe die betroffenen Bürger informiert sind und noch ehe der kommunale Zweckverband eine „Entscheidung“ getroffen hat. Bebauungspläne sind Satzungen gemäß §10 BauGB. Zu ihrer Änderung sind aufwändige, durchaus lästige Prozeduren erforderlich, bei denen auch die Träger öffentlicher Belange gehört werden müssen; in „Mitteldeutschland“ gibt es gewisse Befreiungsvorschriften, um Investitionsentscheidungen zu erleichtern. „Durchwinken“ nennt das der Wirtschaftsminister; er will auch die beantragten Fördermittel, von denen der Däne angeblich nichts weiß, rasch durchwinken. Was der Däne vielleicht doch weiß: er wird von vieljähriger Steuerfreiheit und kostenlosen Emissionszertifikaten prächtig profitieren. Der Wirtschaftsminister verspricht dem Investor auch einen „zügigen Verlauf“ bei den unvermeidlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen. Weil der Zeitrahmen, irgendwie auch von Sekundenmaß und babylonischem Sexagesimalsystem abhängig, für seriöse Umweltgutachten zu kurz ist, dürfte das auf Gefälligkeiten hinauslaufen. Und noch ein Weiteres: Der Wirtschaftsminister bestätigt zwar auf Anfrage die nicht ganz neue Tatsache, dass die Planungshoheit bei den Kommunen, nicht beim Land, liege. Hat er nicht aber gerade deshalb seine Kompetenzen überschritten und vorgreifend über fremdes Eigentum verfügt? Um diesen durchaus falschen Eindruck zu zerstreuen, darf, nein muss der Gemeindefunk-

verband gerade jetzt die Szene betreten. Der ziemlich schwache Laiendarsteller, welcher ihm vorsteht, spielt brav mit (Originalton: „Ich bin kein Fachmann, ich verlasse mich auf die kompetenten Planungsbüros“). In jedem Theater gibt es einen Souffleur hinter den Kulissen.

Inzwischen hat die erste der drei direkt betroffenen Landgemeinden vorausseilend ihre Zustimmung zum Bau des Steinkohlekraftwerks gegeben. Ein merkwürdiger Zufall will es, dass zeitgleich ein Flächennutzungsplan beschlossen wird, der die für ein so kleines Dorf ziemlich hohe Summe von 53.700 Euro binden wird; und ein weiterer Zufall, dass zeitgleich einer nicht so erbötigen Gemeinde Landesfördermittel verwehrt werden. In der Ostsee-Zeitung greift ein Gastkommentator unter dem Titel „Wir sind eine Region der Bedenkenträger“ nicht nur den Landesbischof an, weil der sich gegen das Steinkohlekraftwerk am Greifswalder Bodden ausgesprochen hat; er belehrt auch den Lubminer Bürgermeister darüber, was er zu tun und zu lassen habe.

Nun soll noch ein schon in Vorbereitung befindlicher Bebauungsplan Nr.2 rasch durchgewinkt werden, oder nicht ganz so ministeriell-salopp gesagt: den Weg frei machen für eine abermalige Expansion des Synergieparks Lubmin – zu Lasten von weiteren 175 Hektar Wald. Damit würde das „Ruhrgebiet des Nordens“, aus dem Boden gestampft, eine Gesamtfläche von 450 Hektar einnehmen. Das entspricht etwa 230 Fußballfeldern. So könnte das Schicksal des Waldes fast schon besiegelt sein dahinten in der Heide – dort, wo sich der Synergiepark noch hinter den Bäumen zu verstecken sucht. Vielleicht wird dann aber die Blöße der Rodung den ostdeutschen Skandal am Rande des Boddens gnadenlos sichtbar machen. Gemach, das Schwein wird wie immer nur stückweis geschlachtet! Pommernland abgebrannt? Nein, denn die tragische Posse ist noch nicht zu Ende und die Pointe wird später erzählt!

G. VATER
Mail: agvater@web.de